



Ab 1. Oktober steigen auch in Halle die Gas- und Strompreise spürbar. Die Erhöhungen fallen aber moderater als anderenorts aus.

FOTO: DITTRICH/DPA

Ab Herbst wird es teurer

ENERGIEKOSTEN Die Stadtwerke-Tochter EVH erhöht ab 1. Oktober die Preise für Strom und Gas. Doch damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

VON DIRK SKRZYPCZAK

HALLE/MZ - Die Energiekrise zwingt nun auch die Energieversorgung Halle (EVH) zum Handeln. Wie die Tochter der Stadtwerke am Montag erklärte, werde der Strom in der Grundversorgung sowie in allen Halplus-Tarifen ab 1. Oktober dieses Jahres um 6,55 Cent brutto je Kilowattstunde Strom ansteigen. Die Kilowattstunde Gas verteuert sich um 4,17 Cent. Gründe seien die erheblich gestiegenen Beschaffungskosten, so die EVH. Im Vergleich zu 2020 seien die Marktpreise um weit über 1.000 Prozent gestiegen. Mit den Erhöhungen liege man aber weit unter dem Niveau anderer Versorger.

Das zahlen Haushalte

„Die Lage ist für alle Beteiligten sehr ernst. Wir bedauern den Schritt der Preis Anpassungen und hoffen, dass die Bundesregierung weitere Entlastungen der Bürger und der Unternehmen auf dem Weg bringt“, sagte EVH-Chef Olaf Schneider. Für Verbraucher mit variablen Gastarifen hatte der lokale Versorger den Gaspreis bereits um 50 Prozent angehoben. Nun trifft es alle, auch Stromkunden. Ein Singlehaushalt mit einem Bedarf von 1.500 Kilowattstunden Strom pro Jahr zahlt demnach die letzten drei Monate 25 Euro mehr, bei einem Vier-Personen-Haushalt (2.900 Kilowattstunden) sind es etwa 48 Euro. Bei einem Drei-Personen-Haushalt, der neben Strom auch Gas benötigt, addieren sich die Mehrkosten laut EVH auf 174 Euro im vierten Quartal 2022.

Doch damit ist das Ende der Fahnenstange noch längst nicht erreicht. Denn in den neuen Preisen der EVH sind zwei Umlagen noch nicht enthalten, die der Bund auf den Weg bringt. Dabei handelt es sich einerseits um einen Preisaufschlag, den Gaslieferanten verlangen dürfen, weil sie Ersatz für russisches Gas besorgen müssen. Wie Montag bekannt wurde, soll diese Umlage bei 2,419 Cent je Kilowattstunde liegen - was einen Vier-Personen-Haushalt zusätzlich mit 576 Euro (inklusive Mehrwertsteuer) im

Handwerkskammer übt scharfe Kritik am Bund

Die Handwerkskammer Halle protestiert gegen die Gasumlage des Bundes. „Das Maß an finanziellen Belastungen für die mittelständische Wirtschaft ist überschritten. Die Gas-Umlage wird bei einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb im Kammerbezirk zu jährlichen Mehrkosten von 2.500 bis 3.000 Euro führen“, sagte Dirk Neumann, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Halle. In den energieintensiven Gewerken wie Bäckereien und Metallbau des Handwerks sei mit einer deutlich höheren Belastung zu rechnen.

Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer befürchtet infolge der neuen Gasumlage zudem ein weiteres Anheizen der Inflationstendenzen. „Betrieben bleibt nichts anderes übrig, als die

steigenden Kosten an den Verbraucher weiterzugeben. Durch die weiter steigenden Energiepreise müssen Betriebe um ihre Existenz bangen“, warnte Neumann am Montag.

Die Preiserhöhung durch die EVH für Strom und Gas bezeichnete die Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler indes als moderat. „Betrachtet man andere Anbieter oder Stadtwerke, sind die jetzt von unserem städtischen Energieversorger veröffentlichten Zahlen eher als eine moderate Steigerung anzusehen“, sagte Fraktionschef Andreas Wels. Die Anpassungen seien notwendig, damit die EVH überlebe. Eine Insolvenz des kommunalen Versorgers hätte für Halle unabsehbare und unkalkulierbare Konsequenzen.

KOMMENTAR

In der Krise hat Halle einen Vorteil



DIRK SKRZYPCZAK sieht die Energieinitiative als großes Plus.

Es hätte schlimmer kommen können. Und doch werden auch die Preiserhöhungen der EVH viele Kunden spürbar treffen. Vor allem Familien mit Kindern in Eigenheimen müssen tief in die Tasche greifen. Für sie summieren sich die Mehrkosten pro Jahr - auch durch die staatlichen Gasumlagen - auf wohl rund 1.500 Euro. Von den Konsequenzen für die lokale Wirtschaft ganz zu schweigen.

In Halle hatten die Verbraucher die Energiekrise zuletzt kaum gespürt. Dass die Preise für Strom und Gas explodierten, hatten vor allem die meisten Kunden der EVH so gut wie gar nicht mitbekommen. Halle profitiert von der Energiein-

itiative, einem Zusammenschluss von Unternehmen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheitswesen und den großen Wohnungsgesell- und -genossenschaften. Durch die Zusammenarbeit hat die EVH Planungssicherheit, konnte langfristige Lieferverträge etwa mit Gaslieferanten abschließen. Halle ist in der Energiekrise damit zwar nicht zur Insel der Glückseligkeit geworden, Preisanpassungen fallen jetzt aber moderater als anderenorts aus. Das Problem: Niemand weiß, wie schlimm es noch kommt. Dass die Menschen zunehmend Existenzängste haben, ist verständlich.

» Den Autor erreichen Sie unter: dirk.skrzypczak@mz.de

Jahr belasten würde. Und die Höhe der geplanten Umlage für das Füllen der deutschen Gasspeicher steht noch aus.

Da noch nicht bekannt sei, wie die Abrechnung der Umlagen erfolgen solle, habe man sie in der aktuellen Kalkulation auch noch nicht berücksichtigen können, teilte die EVH mit. „Eine Preisänderung ist nur gültig, wenn sie sechs Wochen vorher angekündigt wird. Es wird also eine weitere Preisanpassung zur Weitergabe der staatlichen Umlagen folgen, über die wir rechtzeitig informieren“, sagte Schneider. Das Prozedere und die Einhaltung gesetzlicher Fristen würden bundesweit alle Unternehmen betreffen.

Um für Kunden massive Nachzahlungen zu verhindern, will die EVH ab Oktober die Abschläge selbst um 35 Prozent bei Gas und 25 Prozent beim Strom anpassen. Die Verbraucher selbst müssten nichts tun. Ende Juli hatte die Geschäftsführerin der GWG Halle-Neustadt, Jana Kozyk, gegenüber der MZ schon angekündigt, die Heizkosten für Mieter um 30 sowie andere Betriebskosten um acht Prozent erhöhen zu wollen. „Niemand soll zusätzlich in Nöte geraten, wenn er eine zu hohe Summe auf einen Schlag entrichten muss“, sagte Kozyk. Allerdings stehen alle Wohnungsunternehmen vor einem Problem, sollten Mieter die Erhöhungen nicht begleichen können. Auch Kozyk forderte daher die Bundesregierung zum Handeln auf, um Verbraucher zu entlasten.

Entspannung nicht in Sicht

Die EVH bezieht ihr Erdgas von 53 Lieferanten, das die kommunale Gesellschaft zur Strom- und Wärmeproduktion nutzt. Die Energiebeschaffung werde seit Februar stark von den Folgen des Angriffskriegs gegen die Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen getrieben. So sei der Preis für den kurzfristigen Erdgaseinkauf explodiert. Vergleichbare Entwicklungen seien auch auf dem Strommarkt zu verzeichnen. Aufgrund der reduzierten Gaslieferungen aus Russland sei nicht mit einer Entspannung zu rechnen, so Schneider. **Wirtschaft**